



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

Mindestlohn und Mietpreisbremse - wir in der SPD können diese zwei wichtige Erfolge schon fast im Schlaf herunterbeten. Das heißt allerdings nicht, dass diese in der Bevölkerung insgesamt angekommen sind, geschweige denn, dass sie als Erfolg der SPD verbucht werden. Während viele von uns zum Beispiel das Thema Mindestlohn spätestens mit der Verabschiedung des Gesetzes abgehakt haben, beginnt die Debatte in der Breite erst jetzt! Zu keiner Zeit hatte ich zu diesem Thema so viele Zuschriften wie in den letzten 14 Tagen. Aufregung in der Gastronomie, der Landwirtschaft, manchen Firmen und einzelnen Sportvereinen. Das meiste davon ist unbegründet. Häufig sind es Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz, die aber durch die Dokumentationspflicht jetzt erst ans Licht kommen. Wenn die Bedienung zum Beispiel 12 Stunden statt der eigentlich vorgesehenen acht Stunden arbeitet. Andrea Nahles hat klargestellt: Gesetzesänderungen gibt es nicht und auch die Arbeitszeit zu notieren ist keine außerordentliche Belastung, sondern eine Selbstverständlichkeit im Arbeitsleben. Was es an praktischen Problemen gibt, kann durch Verordnungen geregelt werden, so zum Beispiel Abgrenzungsprobleme zwischen Ehrenamt und Minijob. Wichtig aber ist, dass wir unsere Erfolge auch selbst zum Thema machen. Also nicht nur froh sein über Mietpreisbremse und Mindestlohn, sondern vor allem gut und viel darüber sprechen.

Herzliche Grüße

Wohngelderhöhung

Die vom Kabinett auf den Weg gebrachte Wohngeldreform beinhaltet die Anpassung des Wohngeldes an die Mieten- und Einkommensentwicklung. Davon profitieren rund 870.000 Haushalte.

Damit wird ein weiterer Punkt des Koalitionsvertrags zur Entlastung von Haushalten mit geringem Einkommen umgesetzt.

→ [Mehr zum Thema...](#)

Zum vormerken:

Der nächste bundespolitische Stammtisch findet am 24. Juni, um 18:00 Uhr im Murrhardter Hof, am Wilhelmsplatz 6, statt.

SPD setzt sich durch: Mehr Unterstützung für Alleinerziehende

Das vom Bundeskabinett vorgeschlagene Geldleistungspaket für Familien war aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion noch ausbaubedürftig. So konnten wir bei unserer gemeinsamen Klausurtagung mit dem Koalitionspartner eine Verbesserung des Gesetzentwurfs durchsetzen.

Keine andere Familienform hat in den vergangenen Jahren so stark zugenommen: Rund 20 Prozent aller Familien bestehen mittlerweile aus einer alleinerziehenden Mutter oder einem alleinerziehenden Vater und deren Kindern.

Alleinerziehende erbringen im Alltag Spitzenleistungen,

weil sie all das allein bewältigen, was in den meisten anderen Familien zwei Elternteile leisten.

Die besondere Lebenssituation von Alleinerziehenden soll nun künftig besser berücksichtigt werden. Damit Alleinerziehende netto mehr Geld erhalten, wollen wir den steuerlichen Entlastungsbetrag anheben, von derzeit 1.308 auf 1.908 Euro. Die Umsetzung soll im Rahmen der parlamentarischen Beratungen des Gesetzes zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags mit Wirkung zum 1. Januar 2015 erfolgen.

Stromspar-Check

Die Aktion "Stromspar-Check" des deutschen Caritasverbandes e.V. gemeinsam mit den Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands e.V. berät Menschen, die ein geringes Einkommen haben oder auf staatliche finanzielle Hilfe angewiesen sind. Diese sind oftmals wegen schlechterer Bauqualität der Wohnungen oder stromfressender Altgeräte sowieso mit höheren Energiekosten belastet. Wer den kostenlosen Service "Stromspar-Check" in Anspruch nimmt, bekommt wertvolle Tipps und Hinweise von den Stromsparhelferinnen und -helfern, die für die Beratung umfassend qualifiziert worden sind. Ihre Erfahrung speist sich dabei nicht nur

aus der täglichen Arbeitspraxis. Als ehemalige Langzeitarbeitslose kennen sie viele der Alltagsprobleme und stehen damit an der Seite derer, die sie beraten. Die Frage der geeigneten Beschäftigungsmaßnahmen für dieses Programm und die Fortführung der Fördermittel waren Gesprächsthema mit Ute Vogt. Die Aktion wird aktuell vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit gefördert.



→ [Mehr Infos zum Stromspar-Check...](#)

Bürgeranliegen

Diesen Monat erreichten uns vermehrt Zuschriften zu den Themen Mindestlohn, Fracking und Massentierhaltung. Zudem haben 85 Bürgerinnen und Bürger Antwort auf eine Massenmailaktion zum Thema TTIP erhalten.

und Mitarbeitern. Die Betriebsräte des Gastgewerbes haben in einem offenen Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf die positive Wirkung des Gesetzes hingewiesen und fordern dazu auf, Auf-

Mindestlohngesetz zeigt Wirkung

Drei Monate nach seiner Einführung zeigt das Mindestlohngesetz Wirkung und findet eine breite gesellschaftliche Unterstützung. In vielen Branchen gab es starke Wettbewerbsverzerrungen zulasten von Mitarbeiterinnen

weichungen nicht zuzulassen. Die Dokumentation von Arbeitszeiten sei zwingende Voraussetzung für eine faire und korrekte Entlohnung. Der Verein zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs in der Nahrungsmittel- und Gastronomiebranche e.V. hat sich ebenfalls gegen Erleichterungen bei der Dokumentationspflicht ausgesprochen. Diese sei weder ein „Bürokratiemonster“, noch mit erheblichen Mehraufwand verbunden. Vielmehr müsste die Arbeitszeit zur Ermittlung von Lohnansprüchen ohnehin erfasst werden. Unabhängig davon prüft das Ministerium für Arbeit und Soziales die Auswirkungen des Gesetzes, um ggf. bei unbeabsichtigten „Nebenwirkungen“ nachzubessern.

→ [Offener Brief der Betriebsräte zum Nachlesen...](#)

Freihandelsabkommen muss Spielräume der Kommunen erhalten

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hat sich dafür ausgesprochen, die Spielräume für Rekommunalisierungen im Bereich Wasser- und Abwasserwirtschaft zu erhalten. Die Bundesregierung werde darauf achten, dass die Aufgaben der Daseinsvorsorge auch künftig durch die Kommunen vor Ort wahrgenommen werden können. Hierzu gehören auch Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung. Weder TTIP und CETA noch andere Handelsabkommen wie

etwa TISA können oder dürfen hieran etwas ändern. In einer gemeinsamen Erklärung zur Daseinsvorsorge von EU-Kommissarin Cecilia Malmström und dem amerikanischen TTIP-Chefunterhändler Michael Froman wird deutlich, dass das geplante Freihandelsabkommen TTIP die enorme Bedeutung der kommunalen Daseinsvorsorge anerkennt.

→ [Mehr zum Thema...](#)



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de

